



<https://biz.ii/2ze3>

GRUPPE CDU/FDP KRITISIERT WEGFALL DER LANDESFÖRDERUNG FÜR DAS AEGIDIUS-HAUS

Veröffentlicht am 28.11.2024 um 16:14 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

Die Gruppe CDU/FDP in der Regionsversammlung zeigt sich tief besorgt über den Wegfall der finanziellen Unterstützung des Landes Niedersachsen für das Aegidius-Haus "Auf der Bult" in Hannover. "Den Wegfall der finanziellen Beteiligung des Landes für das Aegidius-Haus haben wir mit Bedauern zur Kenntnis genommen. Dies geht zu Lasten von Familien in einer ohnehin schon belasteten Situation und reduziert die Plätze für Kurzzeitpflege von schwerstbeeinträchtigten Kindern in Niedersachsen erheblich", erklärt Jutta Barth, Regionsabgeordnete der Gruppe CDU/FDP. "Das Aegidius-Haus ist seit zehn Jahren eine unverzichtbare Einrichtung für die Kurzzeitpflege schwerstbeeinträchtigter Kinder. Es bietet nicht nur dringend benötigte Entlastung für Familien, sondern fördert die Kinder individuell durch ein hochspezialisiertes Team. Bislang konnten in den letzten Jahren rund 400 Familien unterstützt werden, insbesondere während der Ferienzeiten", so die Gruppe. Mit der ausgelaufenen Förderung durch das Land Niedersachsen zum 30.09.2024 und dem Fehlen einer Anschlussfinanzierung steht das Haus nun vor einer ungewissen Zukunft. Eine Schließung der Einrichtung scheint bevorzustehen, was die CDU/FDP-Gruppe als unverantwortlich betrachtet. "Wir können zwar nachvollziehen, dass in finanziell schwierigen Zeiten auch das Land sparen muss, doch dabei darf der menschliche Aspekt nicht aus den Augen verloren werden", betont Barth. Statt einer Streichung der Fördermittel hätte sich die CDU/FDP-Gruppe einen konstruktiven Dialog zwischen dem Land und den Verantwortlichen des Aegidius-Hauses gewünscht, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen. "Ein denkbarer Ansatz der Betreiber ist die Aufnahme von Kindern aus angrenzenden Bundesländern, um die Auslastung zu erhöhen. Allerdings erfordert dieser Plan weitere Gespräche, Abstimmungen und Zeit", so die Politiker. "Die vorgeschlagene Ausweitung des Nutzerkreises sollte ernsthaft geprüft werden. Am Ende müssen Bund und Land gemeinsam die Finanzierung sichern. Eine Schließung der Einrichtung darf im Interesse der beeinträchtigten Kinder und ihrer Familien keine Option sein", appelliert Barth abschließend.